

Resolution des MIT-Bundesvorstands am 28.11.2005 in Berlin

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU steht zur großen Koalition zwischen der CDU/CSU und der SPD unter der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, weil es dazu angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag keine vernünftige Alternative gibt.

In dem zwischen CDU/CSU und der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag sieht die MIT eine Arbeitsgrundlage für die zukünftige Regierungsarbeit der großen Koalition. Die MIT erkennt dabei an, dass in dem Vertrag viele mittelstandspolitische Forderungen enthalten sind, durch die der Mittelstand gefördert wird.

Die MIT befürchtet aber, dass die insgesamt vereinbarte Fiskal-, Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht ausreicht, um die Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland zu überwinden. Der Koalitionsvertrag enthält insbesondere zwei grundlegende Webfehler:

1. Im Koalitionsvertrag werden die dringend notwendigen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerreformen nur in Ansätzen geregelt. Insbesondere fehlen eine tiefgreifende Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Abkopplung der Sozialversicherungsbeiträge vom Faktor Arbeit. Ohne solche Strukturreformen wird es in Deutschland aber weder wirtschaftliches Wachstum noch mehr Arbeitsplätze geben.
2. Vorrangiges Ziel des Koalitionsvertrages ist es, die öffentlichen Staats- und Sozialkassen zu sanieren. Die MIT begrüßt diese Zielsetzung ausdrücklich, weil der Weg in den Schuldenstaat beendet werden muss. Es ist aber ein Fehler, dass die Sanierung der Bundes- und Länderhaushalte zum überwiegenden Teil durch Steuererhöhungen erfolgen soll. Problematisch ist insbesondere die Erhöhung der Mehrwertsteuer, weil davon zwei Drittel für die Haushaltssanierung und nur ein Drittel für die Senkung des Arbeitslosenbeitrages verwendet werden soll. Insgesamt

führen die beschlossenen Maßnahmen zu einer weiteren Erhöhung der Abgaben- und Staatsquote, die die MIT nicht mittragen kann.

Die MIT ist der Auffassung, dass hierzu eine grundsätzliche Umsteuerung erfolgen muss, wenn die Koalitionsregierung Erfolg haben will. Der Koalitionsvertrag selbst bringt uns noch nicht aus der Krise. Deutschland kann mehr, als Union und SPD bisher vereinbart haben.

Deutschland braucht eine grundsätzliche Reform des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherungssysteme und des Steuerrechts. Auf diesen Gebieten wird sich die große Koalition beweisen müssen.

Einstimmig beschlossen vom Bundesvorstand der MIT Deutschlands am 28.11.2005, bei 2 Enthaltungen.